

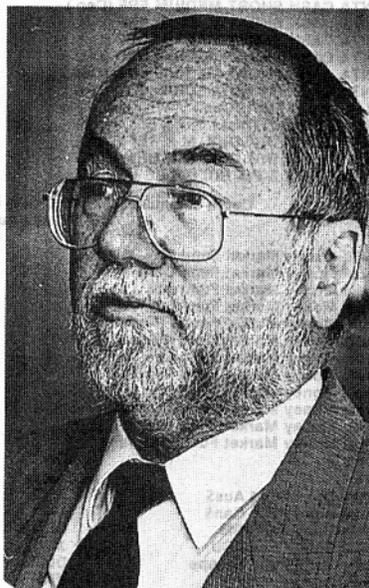
# Wird Deutschland dabei sein?

wl - Der für den 1. Januar 1999 geplanten Europäischen Währungsunion (EWU) sehen gerade in Deutschland, wie jüngste Umfragen verdeutlichen, viele Menschen mit Vorbehalten entgegen. Nun erscheint Deutschland als EU-Mitglied mit der stärksten Volkswirtschaft und der stärksten Währung als ein Schlüsselland für das Gelingen der EWU. Weniger als 1000 Tage bis zum Euro gewinnt die Frage: ist Deutschland dabei? immer größere Aktualität. Am vergangenen Dienstag abend hielt Hans-Jürgen Koenbick, Präsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz und im Saarland, auf Einladung des Deutschen Vereins Luxemburg im Hotel Europa in Luxemburg-Kirchberg einen Vortrag aus deutscher Sicht zu diesem Thema.

## Stabilitätskultur

Die Europäische Währungsunion soll eine Stabilitätsgemeinschaft sein. Der Maastrichter Vertrag nennt eine Reihe von Stabilitätsbedingungen in puncto Inflation, Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung für die Aufnahme in EWU. Als Bewertungsmaßstab werden Anfang 1998 die wirtschaftlichen Ist-Daten des Jahres 1997 dienen.

Preisstabilität sei das oberste Ziel; nachhaltig stabile öffentliche Finanzen seien eine wesentliche Voraussetzung dafür. Nach Auffassung von Koenbick sei es der konsequenten Anti-Inflationspolitik der Deutschen Bundesbank zu verdanken, die, als Ausdruck einer „Stabilitätskultur“, nicht ohne Einfluß auf die anderen EU-Mitgliedstaaten geblieben ist: 1995 betrug die durchschnittliche Inflationsrate in den EU-Ländern, die das Inflationskriterium einhielten, 1,7 Prozent. Nach Dafürhalten des Redners bestehen gute Chancen, daß dies auch nach dem Beginn der Währungsunion so bleibt; der Maastrichter Vertrag habe alle Voraussetzungen dafür geschaffen. Das ins Leben gerufene Europäische Zentralbankensystem (EZBS) und die Europäische Zentralbank verfügten über das nötige geldpolitische Instrumentarium - wenn möglich einschließlich einer



Hans-Jürgen Koenbick, Präsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz und im Saarland

(Photo: Teddy Jaans)

Mindestreserve - und besäßen zudem die erforderliche Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen und den anderen EU-Institutionen.

Der auf Initiative des deutschen Finanzministers Theo Waigel vereinbarte Stabilitätspakt biete gute Voraussetzungen dafür, daß die Stabilitätskultur auch nach Beginn der EWU respektiert werde. Das Fazit des Redners lautete daher: „Es bestehen denkbar günstige Voraussetzungen, Inflation auch nach Errichtung der EWU zu vermeiden.“

## Ist Deutschland dabei?

Die Lasten der deutschen Wiedervereinigung hätten nach Jahren finanzpolitischer Stabilität erstmals bewirkt, daß Deutschland zumindest 1996 die Konvergenzkriterien verfehlt. Der Staatsanteil, der auf über 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gewachsen sei, müsse unter gerechter Verteilung der Lasten auf ein vertretbares Maß zurückgeschraubt werden. Das Sparpaket der Bonner Regie-

rung habe dies zum Ziel. Jedoch sei nicht die EWU dafür verantwortlich zu machen, sondern die Wiedervereinigung.

Eine Währungsunion ohne Deutschland ist nach Meinung des Redners nicht vorstellbar, da dann zwei konkurrierende Leitwährungen in Europa existieren würden: die De-jure-Leitwährung Euro und De-facto-Leitwährung D-Mark.

## Strikte Einhaltung der Kriterien

Der Maastrichter Vertrag lasse bei den Kriterien Staatsverschuldung (maximal 60 Prozent des BIP) und Budgetdefizit (maximal 3 Prozent des BIP) einen gewissen Interpretationsspielraum.

Koenbick plädierte für eine enge Auslegung der Konvergenzkriterien. Er sprach sich entschieden gegen etwaige Ausnahmeregelungen aus. Auch Deutschland dürfe sich nicht auf erschwerende Umstände wie z.B. die Wiedervereinigung berufen, ansonsten könnten auch andere Länder Ausnahmen geltend machen, und gerade der Stabilitätspakt würde jede Glaubwürdigkeit verlieren.

Ebenso warnte Koenbick vor einem Versuch mancher Kandidaten, die wirtschaftlichen Rahmendaten 1997 zu verschönern, um den Kriterien formal zu genügen und um anschließend wieder dahinter zurückzufallen, statt eine dauerhafte Stabilität der öffentlichen Finanzen zu verwirklichen. Dies wäre ein Verstoß gegen den Geist des Maastrichter Vertrages.

Die Währungsunion sei historisch ein einmaliger Schritt und stelle eine „Schicksalsgemeinschaft und eine Risikogemeinschaft dar, deren Auflösung praktisch ausgeschlossen ist. Deshalb muß, nach Überzeugung des Redners, die EWU schon beim ersten Anlauf gelingen, eine zweite Chance gäbe es nicht. Eine Verschlebung der EWU - falls notwendig - bedeutete deshalb nicht zwangsläufig das Ende des ganzen Projektes, sondern sei einem Fehlschritt vorzuziehen. Dennoch gab sich der Redner vorsichtig optimistisch, daß Deutschland die Bedingungen 1997 erfüllt.